



03.04.2023

## Presseinformation

### IHK zu Berliner Koalitionsvertrag: Wichtige Schritte Richtung Verwaltungsreform, Ausbildungsplatzumlage bleibt kontraproduktiv

*Die IHK Berlin sieht im Koalitionsvertrag für die verbleibende Legislatur bis 2026 gute Ansätze, um die drängendsten Herausforderungen in Berlin anzugehen. Dazu gehören etwa die Vereinbarungen zur Umsetzung der Verwaltungsreform, die Weiterführung des Bündnisses für Wohnungsbau und der Fokus auf das Thema Klimapolitik. Versäumnisse aus dem Beginn der Legislatur, wie den Chief Digital Officer im Roten Rathaus anzusiedeln oder die Fachkräftepolitik zentral zu steuern, wurden nachgebessert. Die geplante Ausbildungsplatzumlage lehnt die Kammer dagegen ab.*

*Sebastian Stietzel, Präsident der IHK Berlin:*

„Durch Wahlkampf, Wiederholungswahl und Koalitionsverhandlungen hat Berlin wertvolle Zeit verloren. Dass sich die beiden neuen Koalitionäre innerhalb von 25 Tagen einigen konnten, zeugt von Pragmatismus. Die hohe Kompromissbereitschaft geht jedoch zulasten echter Schwerpunktsetzung. Es ist zweifelsfrei gut und richtig, auf die Erfolge der begonnenen Legislatur wie beim Eckpunktepapier Verwaltung aufzubauen. Auch die Etablierung eines digitalen Bürgeramtes, die Entbürokratisierung des Vergaberechts, die Evaluation des Berliner Ausschreibungs- und Vergabegesetzes und eine bessere Schulqualität sind zu begrüßen. Gleiches gilt für die Fortführung des Bündnisses für Wohnungsbau und die angekündigte Fachkräftestrategie. Aus IHK-Sicht fehlen im Vertrag dagegen konkrete Aussagen dazu, ob für die Verwaltungsreform auch die notwendigen verfassungsrechtlichen Schritte eingeleitet werden. Ein klares No-Go ist allerdings die angekündigte Ausbildungsplatzumlage, die wir entschieden ablehnen. Angesichts tausender unbesetzter Ausbildungsplätze bringen Lösungen zur Verbesserung der Bildung in Berlin und ein besseres Matching zwischen Betrieben und Jugendlichen mehr als Zwangsabgaben für die Unternehmen. Grundsätzlich haben sich die Koalitionäre viel vorgenommen für die verbleibenden gut drei Jahre der aktuellen Legislaturperiode. Wünschenswert aus Sicht der Wirtschaft wäre deshalb, dass in der Umsetzung des 135-Seiten-Vertrags diejenigen Punkte prioritär angegangen werden, die für die Zukunftsfestigkeit Berlins am wichtigsten sind.“



## Stadtentwicklung, Bauen, Mieten

Die IHK Berlin begrüßt die **Fortsetzung des Bündnisses für Wohnungsbau und bezahlbares Wohnen**. Die Kontinuität der Initiative ist ein wichtiger Schritt, um gemeinsam mit der privaten Wohnungswirtschaft die **Neubauziele von 20.000** pro Jahr zu erreichen. Das **Schneller-Bauen-Gesetz muss dabei seinem Namen gerecht werden** und genau wie die angestrebte **Novellierung der Bauordnung** dazu beitragen, den bürokratischen Aufwand zu reduzieren und Genehmigungsverfahren zu beschleunigen.

Mit der geplanten **Randbebauung des Tempelhofer Feldes** wird das bisher brachliegende Areal nun endlich in eine sinnvolle Nutzung überführt und bietet die Möglichkeit, dringend benötigten Wohnraum in attraktiver Lage zu schaffen.

Kritisch ist das mangelnde Bekenntnis zu den Berliner Gewerbegebieten. Die **Schaffung von bezahlbarem Wohnraum darf nicht auf Kosten der Wirtschaft** erfolgen, deshalb dürfen Gewerbeflächen nur dann im Einzelfall umgenutzt werden, wenn eine volle Kompensation an anderer Stelle erfolgt. Dabei kann die vom neuen Senat angestrebte **"Netto-Null-Versiegelung"** die Möglichkeiten der Stadt Berlin einschränken, neue Gewerbe- oder Wohngebiete zu entwickeln und somit Investitionen und Arbeitsplätze anzuziehen.

Dass die Koalition den missglückten **Verkehrsversuch an der Friedrichstraße** wieder auf „Anfang“ setzt, ist ein wichtiges Signal einerseits für die Gewerbetreibenden vor Ort und andererseits für den Umgang mit zentralen Stadtentwicklungsprojekten im Allgemeinen. Fragen der Stadtraumgestaltung und der Verkehrsführung müssen breit abgestimmt sein. Politische Vorfestlegungen insbesondere mit Blick auf den Wirtschaftsverkehr darf es an neuralgischen Punkten nicht mehr ohne die Beteiligung der Wirtschaft geben.

Da die Berliner Zentren vor einem umfassenden Transformationsprozess stehen, ist die Schaffung eines Zentrenpfeils, unter dessen Dach für einzelne Standorte eine **„Task Force Zentrenentwicklung“** eingerichtet werden sollen, sehr begrüßenswert. Denn maßgeblich für die Gestaltung des Transformationsprozesses ist das Zusammenwirken der Akteure. Das klare Bekenntnis zur Novellierung des BID (Berliner Gesetz zur Gründung von Immobilien- und Standortgemeinschaften) mit der Möglichkeit einer Anschubfinanzierung durch die IBB ist ebenfalls sehr positiv. Wichtig ist es hier, dass die Novellierung schnell erfolgt, da das bestehende BID-Gesetz zum Juni 2023 ausläuft.

Des Weiteren ist die rechtssichere Gestaltung der bestehenden Regelungen zur Sonntagsöffnung angekündigt. Die IHK Berlin begrüßt hier den Plan der Koalition, unter Berücksichtigung der gerichtlichen Beschlusslage zum **Ladenöffnungsgesetz** eine rechtssichere Gestaltung für **verkaufsoffene Sonntage** zu finden. Der Einzelhandel beschäftigt mehr als 180.000 Menschen in Berlin und ist damit eine zentrale Branche der Hauptstadt.

Ein gutes Signal an die durch die pandemiebetroffenen Branchen ist die Ankündigung, das **Neustartprogramm** weiterzuentwickeln und u.a. die Sondernutzungsgebühr für öffentliches Straßenland bis Ende 2024 auszusetzen.



Erstaunlich knapp wird das Thema **Tourismus** im Koalitionsvertrag behandelt. Die Fortschreibung des Tourismuskonzeptes 2018+ setzt zunächst keine neuen Impulse. Die Abschaffung der Meldepflicht wird von der Branche sehr begrüßt und seit Jahren gefordert. Ob es hierzu bereits zu einer Änderung kommen wird, wird sich zeigen müssen. Die Entwicklung eines Wassertourismuskonzeptes ist sehr zu begrüßen, da damit der Bedeutung der Branche endlich Rechnung getragen wird.

## Funktionierende Verwaltung

Die IHK begrüßt, die Umsetzung einer **Verwaltungsreform und Digitalisierung aus dem Roten Rathaus** zu steuern. **Starke Bezirke, ein starker Senat, klare Zuständigkeiten** – das ist der Dreiklang, der die Koalition leiten muss. Die IHK begrüßt daher, dass der Koalitionsvertrag bei der Verwaltungsmodernisierung entsprechende Schwerpunkte setzt. Bei der Umsetzung muss entschlossen gehandelt werden und auch mögliche **verfassungsrechtliche Stellschrauben** in den Blick genommen werden – diese fehlen.

Hinsichtlich der **Digitalisierung** der Verwaltung ist z.B. das **digitale Bürgeramt** sehr erfreulich. Die IHK begrüßt Maßnahmen zur Gewinnung von **IT-Fachkräften** – ein Strategieprozess darf nicht verzögern. Erkenntnisse und Erfahrungen können direkt in Recruiting-Maßnahmen münden.

Der Einsatz von **Zielvereinbarungen** zwischen Senat und Bezirken wird erfreulicherweise erneut festgeschrieben, allerdings wartet die Wirtschaft hier seit Jahren auf die konkrete Anwendung dieses guten Instruments – insbesondere in unternehmensnahen Anwendungsbereichen. Die IHK ist optimistisch, dass das Warten auf die **Genehmigungsfiktion** nun bald ein Ende hat und sich Antragsprozesse für die Unternehmen dadurch verkürzen.

Die IHK begrüßt die **Entbürokratisierung des Vergaberechts** und die **Evaluation des Berliner Ausschreibungs- und Vergabegesetzes** samt Verordnungen. Ziel muss sein, über eine echte Entlastung von KMU als Kunden der öffentlichen Hand wieder mehr potenzielle Bieter zu erreichen und qualitativ hochwertige Angebote zu generieren. Die Fokussierung auf eine **Bewertungsmatrix** aus qualitativen, wirtschaftlichen und nachhaltigen Kriterien ist ein großer Fortschritt, um innovative Lösungen in die öffentliche Anwendung zu holen. Die Verwaltung braucht für die Umsetzung die erforderlichen Ressourcen und den politischen Rückhalt für mutige Entscheidungen.

## Digitalisierung, Wissenschaft und Innovationen

Angesichts des digitalpolitischen Handlungsdrucks muss die **Umsetzung bereits verfasster Strategien** und geplanter Maßnahmen Priorität genießen. Das angekündigte neue **Digitalgesetz** sowie die **Strategie für Datenmanagement** dürfen nicht zu Verzögerungen wichtiger Vorhaben führen, sondern müssen schnellstmöglich eine moderne, handlungsfähige Verwaltung und effiziente digitalpolitische Steuerung sicherstellen. Erfreulich ist das Bekenntnis zur **Digital- und Smart City-Strategie Gemeinsam Digital: Berlin** sowie positiv sind die zentralen Vorhaben wie der **Berlin DataHub** sowie die Einführung eines **digitalen Zwillings für Berlin**.



Wichtig ist, die **Umsetzung der Gigabitstrategie** zu beschleunigen. Die **standardisierten Genehmigungsverfahren** sind eine richtige Stellschraube, um den flächendeckenden Ausbau von Glasfaser und 5G-Mobilfunk bis 2028 zu gewährleisten.

Die **Fortführung der erfolgreichen Digitalprämie** sowie Aufbau eines **KI-Hubs** sind ein wichtiges Signal, dass die Digitalisierung in Spitze und Breite der Wirtschaft gefördert wird. Die IHK vermisst eine Antwort auf die Frage, wie den erhöhten **Sicherheitsbedürfnissen von Verwaltung, Wirtschaft und Stadtbevölkerung im digitalen Raum** Rechnung getragen werden kann. Die punktuelle Stärkung von Sicherheitsbehörden und Digitalagentur greift zu kurz und sollten stattdessen in eine umfassende **IT-Sicherheitsstrategie** und die geplante Stärkung der Digitalen Souveränität Berlins eingebettet werden.

Berlin zur europäischen **Gründungs- und Startup-Hauptstadt** zu entwickeln ist ein begrüßenswertes wie ambitioniertes Ziel. Die Koalition setzt die richtigen Ziele: die **Umsetzung der Startup-Agenda**, die **Schwerpunktbildung bei KI und Finance**, den **Reallaboraausbau**, die **Förderung von universitären Ausgründungen**. Dies sind wichtige Schritte, um die Startup-Ökonomie zu unterstützen. Zur Umsetzung braucht es Initiativen: Berlin darf Startups nicht auf digitale Unternehmungen reduzieren, sondern muss den Standort verstärkt an die Bedürfnisse von **Gründungen im Deep-Tech-Bereich** anpassen. Dies bedarf einer engen **Verzahnung von Wissenschafts- und Gründungspolitik** – etwa beim Ausbau von Laborflächen. Das Innovations- und Transformationspotenzial von Startups darf nicht allein im digitalen Bereich verortet werden: **Impact-, Soziale- und Deep-Tech-Gründungen** können die Nachhaltigkeitstransformation von Verwaltung und Wirtschaft maßgeblich voranbringen. Die Sicherung des **DeepTechAwards** und der **DeepTechBerlin-Kampagne** begrüßt die IHK. Ein gutes Signal wäre die Ausweitung des DeepTechAwards auf Gründungen aus allen Science-Tech-Bereichen. Wichtig ist es zudem, die **Gründungsprogramme der IBB** an die Eigenschaften von Deep-Tech-Gründungen anzupassen – etwa, dass diese weit längere Entwicklungszeiträume haben als digitale Gründungen.

Für die Hochschulen und die Berliner Wirtschaft ist es ein wichtiges Signal, dass die neuen **Hochschulverträge** so gestaltet werden, dass **Transfer als dritte Säule** neben Lehre und Forschung fixiert sowie die Grundfinanzierung deutlich gesteigert wird. Die Anzahl der Ausgründungen als einziger zu messender **Indikator** greift angesichts der vielfältigen Transferoptionen und -wege in KMU zu kurz. Positiv ist, dass die **Einrichtung von KMU-Büros** an den Hochschulen geprüft wird.

Dringend notwendig und positiv ist, dass der **rechtliche Hochschulrahmen auf den Prüfstand** kommt, um für Erleichterungen und mehr Freiraum der Hochschulen in zentralen Punkten wie Lehre, Kapazitäten, Baumaßnahmen und Berufungsrecht zu sorgen.

## Bildung

Für den Bildungsstandort Berlin ist eine **bessere Bildungsqualität** lange überfällig und daher sehr positiv. Die IHK begrüßt die positiven Anstöße des Koalitionsvertrags in den Bereichen der frühkindlichen Bildung und Schulpolitik, die sich bei Umsetzung positiv für Unternehmen und Jugendliche



auswirken werden.

Positiv ist der **Kita-Ausbau**, **frühkindliche Sprachförderung** samt **Kita-Sozialarbeit** und **Kita-Chancenjahr**, die Einführung **standardisierter Vergleichsarbeiten** in allen Jahrgängen, die Einführung einer **verbindliche Berufsorientierung** und **WAT-Unterricht an allen Schulformen** sowie die **Stärkung der Berliner Jugendberufsagentur**.

Zweigeteilt ist das Bild in der beruflichen Bildung. Die **Prüfung der Einführung eines Landesinstituts für Berufliche Bildung** ist wichtig für eine bessere Steuerung der beruflichen Bildung und sollte in die Umsetzung gehen.

Die IHK unterstützt das Ziel, Ausbildung als wichtigen Hebel zur Fachkräftesicherung weiter aufzuwerten. Hierfür ist die Stärkung der **Lehrkräftesicherung für Berufsschulen**, u.a. durch Erweiterung der Pfade für deren Ausbildung und die Steigerung der Absolventenzahlen überfällig und richtig. Richtig ist auch, auf **schnellere Übergänge aus der Schule in den Beruf** zu setzen. Dabei ist eine gelingende **Datenweitergabe** von Schulabgängern ohne Anschlussperspektive entscheidend. Die IHK begrüßt, dass die **Berufsorientierung** eine curriculare Verankerung ab Klasse 5 erhält und der **WAT-Unterricht** an Gymnasien und an Integrierten Sekundarschulen verpflichtend eingeführt wird. **Ausbildungsbotschafter** und die Ausweitung von Praktika in Schulen sind der richtige Weg. Die IHK unterstützt hier gerne. Der Erfolg der **Einführung eines 11. Pflichtschuljahrs** steht und fällt mit der wirtschaftsnahen – also dualen – Ausgestaltung. Ziel muss die Einmündung in die duale Ausbildung und Reduktion der Maßnahmen im **Übergangssystem** auf wenige erfolgreiche sein. Eine Weiterentwicklung der **Jugendberufsagentur** ist positiv in Hinblick auf eine stärkere aufsuchende Beratung und Kooperation mit der Wirtschaft.

## Arbeit, Integration und Fachkräfte

Die Kombination aus **Ausbildungsgarantie** und **Ausbildungsumlage** ist der falsche Weg, da nicht zielführend und ein falsches Signal an die Wirtschaft, die mit ihrem Engagement für ein **Bündnis mit der Politik und für Lösungen** für eine bessere Besetzung von Ausbildungsplätzen, eine bessere Vermittlung von Jugendlichen und eine Ausbildungsoffensive für mehr duale Ausbildung bereitsteht. **Außerbetriebliche Ausbildung** sollte nachrangig zur dualen Ausbildung sein.

Eine **Ausbildungsumlage** ist angesichts des Aufwuchses von Neuverträgen alleine im Bereich der IHK von jüngst 13 Prozent das falsche Signal an Berliner Betriebe, die zu wenige Jugendliche finden. Ein Aufwuchs an **2.000 betrieblichen Verträgen** innerhalb von zwei Jahren muss Angebote z.B. in den Pflegeberufen sowie dem öffentlichen Dienst mit integrieren, da dies wichtige Anschlüsse für Jugendliche sind. Ausbildungsverhältnisse deutlich zu steigern, geht nur mit einem **Quantensprung in der Berufsorientierung und einer substanziellen Steigerung der Schulqualität** sowie einer Vermittlungsoffensive. Die IHK setzt hier auch auf die Umsetzung von Strukturreformen in der Berliner Schulverwaltung, ohne die ein Bündnis mit der Wirtschaft nicht gelingen wird.

Fachkräfteengpässe in der Berliner Wirtschaft sind das größte Hemmnis für Wirtschaftswachstum in



Berlin. Es ist daher zu begrüßen, die **Fachkräftepolitik** zu zentralisieren, eine **Fachkräftestrategie** umzusetzen sowie eine **Verbleibstudie für Berliner Studierende** zu erstellen. Eine **Fach- und Arbeitskräftestrategie für die Metropolregion** ist ebenfalls wichtig.

Das Ziel, **5.000 Plätze für Studierende und Azubis** auf den Weg zu bringen und eine **Förderung für den Bau von Wohnraum** ist richtig.

Eine Stärkung der **Berliner Jobcenter** und der Ausbau der **Intensivvermittlung** sind zu begrüßen.

Der Ausbau des **Landeseinwanderungsamt** zu einer **“One Stop Agency”** und einem interdisziplinären **Welcome Center** sieht die Wirtschaft ebenso positiv wie auch die **Digitalisierung und Beschleunigung der Verfahren zur Fachkräfteeinwanderung** – allerdings gelingt dies nur mit Personalaufwuchs.

Die **Dachmarke „Duales Studium“** zu nutzen ist noch nicht stark genug, sie ist noch im Aufbau und strukturell sowie finanziell ab 2025 genauso wenig abgesichert wie der weitere notwendige Ausbau dualer Studienplätze.

## Mobilität

Zur Realisierung der Mobilitätswende stellen die Koalitionspartner mit dem **Ausbau des ÖPNV-Angebots und der Schienennetze** die richtigen Weichen. Beim Streckenneubau werden zudem die richtigen Strecken gewählt. Der Grundsatz „Miteinander und nicht Gegeneinander“ ist nachvollziehbar. Auch das zügige Abschließen des parlamentarischen Verfahrens zum Entwurf des sechsten und siebten Teils des Mobilitätsgesetzes ist eine richtige und wichtige Zielsetzung.

Wer den privaten Pkw-Verkehr eindämmen und zugleich Mobilität erhalten will, muss Alternativen schaffen. Dazu gehört, den durch das Personenbeförderungsgesetzes (PBefG) im Gelegenheitsverkehr bereitgestellten Instrumentenkoffer für fairen Wettbewerb umzusetzen. Es ist zu kritisieren, dass hier keine konkreten Maßnahmen genannt werden. **Mikromobilität und Sharing-Dienste** sollen vernünftigerweise als nachhaltige Lösungen zum privaten PKW gefördert und ausgeweitet werden. Hier fehlt es dem KOA-Vertrag jedoch an einem klaren Bekenntnis für eine Erleichterung des Car-Sharing bei der **Parkraumbewirtschaftung** (Vignettenlösung analog München/Hamburg). Zu begrüßen ist, dass die Koalitionäre auf die Erprobung des **autonomen Fahrens** mit Kiezshuttlen setzen und hier eine Vorreiterrolle einnehmen wollen. Damit das funktionieren kann, braucht es ausreichend Ladeinfrastruktur für E-Fahrzeuge. Hierbei den Fokus auf Tankstellen zu setzen und private Ladesäulen öffentlich zugänglich zu machen – z.B. im Einzelhandel –, ist der richtige Weg. Dies muss jedoch auch in einem **Masterplan Ladeinfrastruktur** des Landes Berlins verortet werden, den es noch in diesem Jahr zu entwickeln gilt.

Mobilitätswende muss auch international gedacht werden. Deshalb ist zu begrüßen, dass sich die Koalition für bessere, **direkte und interkontinentale Fluganbindungen** in die Welt einsetzt. Was jedoch fehlt, ist die Schienenkonnektivität des BER. Dieser muss künftig vom Hauptbahnhof und überregional direkt mit dem ICE erreichbar sein.



Ohne Wirtschaftsverkehr kann Berlin nicht funktionieren. Deshalb ist es positiv zu bewerten, dass **Gewerbestraßen mit Lade- & Lieferzonen** und Buchten ausgestattet werden sollen. Mit dem Bau der TVO zu beginnen ist ebenso richtig und wichtig wie den 16. Bauabschnitt der A100 abzuschließen. Das fehlende Bekenntnis zum 17. Bauabschnitt ist nicht nachvollziehbar.

## Energie, Klima, Umwelt

Die Koalitionspartner setzen mit den Prinzipien Versorgungssicherheit, Preisstabilität und Klimaneutralität das richtige Fundament, um die Transformation hin zur klimaneutralen Energieversorgung zu erreichen. Bei der von der Koalition geplanten **Anpassung und Umsetzung des BEK** sollten begrenzte Ressourcen und Kapazitäten entsprechend dem klimapolitischen Nutzen verteilt werden. Dazu ist eine Priorisierung nach CO<sub>2</sub>-Effekten und Kosten notwendig. Beim **Ausbau von Windenergie** ist darauf zu achten, alle Flächenpotenziale zu untersuchen und gegebenenfalls für den Stadtstaat Berlin ein Leistungsziel einem Flächenziel vorzuziehen. Die Erweiterung von **Förderprogrammen wie SolarPlus oder Effiziente GebäudePLUS** ist sinnvoll – wichtig bleibt, die Lasten transparent und fair zu verteilen. Die Beschleunigung des **Markthochlaufs von Wasserstofftechnologien** unterstreicht die Relevanz von CO<sub>2</sub>-neutralen Gasen bei der Erreichung der Klimaziele. Der Ausbau der Wasserstoffinfrastruktur, die Anbindung an das Wasserstoff-Backbone sowie die Zusammenarbeit mit Brandenburg sind Schritte in die richtige Richtung.

Bei der **Wasserversorgung** müssen Engpässe vermieden und eine qualitative Versorgung zu bezahlbaren Preisen ermöglicht werden. Hierfür ist die avisierte, länderübergreifende Geschäftsstelle für die Metropolregion schnell einzurichten und Fremdwasserüberleitungen, Verbundlösungen sowie Wasserspeicher bei der Planung mitzudenken sowie ein länderübergreifendes Finanzierungskonzept aufzustellen.

Damit die **Kreislaufwirtschaft** ihren Beitrag zur Klimaneutralität leisten kann, bedarf es neben der Umsetzung der geplanten Vorhaben einer konsequenteren Einhaltung bereits geltender gesetzlicher Vorschriften wie dem Vollzug der Gewerbeabfallverordnung.

Die **Einrichtung des Sondervermögens „Klimaschutz, Resilienz und Transformation“** ist zu begrüßen und zeigt, dass die Regierung Klimaschutz ernst nimmt. Obgleich kritisch zu bewerten ist, dass dieses **schuldenfinanzierte Sondervermögen** außerhalb des Kernhaushalts liegt und folglich die Intransparenz der Haushaltsführung erhöht sowie die fiskalische Handlungsfähigkeit künftiger Generationen einschränkt. Dabei bleibt der **Ausbau der Energieinfrastruktur** entscheidend für die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts. Der Netzausbau muss daher koordiniert und beschleunigt werden. Gleichzeitig sind die energetische **Sanierung des Gebäudebestands** und Investitionen in **Großwärmepumpen, Wasserstoff** und die effiziente Nutzung von **Ab- oder Umweltwärme**, notwendige Maßnahmen. Wir unterstützen die geplante Energie- und Wärmeplanung sowie die Integration aller Wärmequellen in vorhandene Infrastrukturen. Entscheidend ist, die Maßnahmenfelder nun zügig und zielgerichtet anzugehen und die **bereitgestellten Mittel unbürokratisch** und ohne Verzögerungen zur Verfügung zu stellen.



## Wirtschaft

Die angestrebte **Senkung des Grundsteuerhebesatzes** zur Wahrung der Aufkommensneutralität ist zu begrüßen. Aber: aufkommensneutral bedeutet nicht automatisch belastungsneutral. Die **Grundsteuerreform** und die geplante Entlastung bei unbilligen Härten dürfen keine systematische Verschiebung der Belastung hin zu Geschäftsgrundstücken zur Folge haben. Kritisch ist, dass die Koalition eine höhere Besteuerung unbebauter, baureifer Grundstücke (**Grundsteuer C**) prüft, die mehr Bürokratie und Rechtsunsicherheit mit sich bringt und bereits in den 60er Jahren scheiterte.

Das obligatorische Bekenntnis zur Zusammenarbeit in der **Metropolregion mit Brandenburg** ist wichtig, aber wenig ambitioniert. Die Fortführung der Zusammenarbeit auf Entwicklungsachsen (bspw. Berlin-Lausitz) ist folgerichtig. Ein großer Wurf – wie die Einrichtung eines echten Metropolraummanagements es gewesen wäre – ist jedoch ausgeblieben.

Für den Gründungsstandort ein gutes Signal sind die geplante **Verstetigung und der Ausbau des Chancenfonds für Gründerinnen**. Auch Maßnahmen, die Gründerinnen den **Zugang zu Venture Capital** erleichtern und die Rolle weiblicher Business Angels stärken sollen, begrüßt die Wirtschaft. Wichtig ist, dass diese Maßnahmen in kurzer Frist unter Beteiligung relevanter Stakeholder konkretisiert und umgesetzt werden.

Die **Stärkung und Revitalisierung des Messestandortes** ist ein wichtiger Schwerpunkt im Koalitionsvertrag. Insbesondere die Wiederbelebung des ICC kann hierfür ein Baustein sein. Sehr zu begrüßen ist die Bereitschaft der Koalition, eine **EXPO 2035** in Berlin durchzuführen. Eine von einer breiten Mehrheit der Berlinerinnen und Berliner unterstützten Weltausstellung wirkt gesellschaftlich integrierend, setzt Innovationsimpulse frei und gibt der Stadt die Möglichkeit, sich international zu präsentieren.

Die Unterstützung für die **internationale Ausrichtung der Berliner Unternehmen** und **internationale Wirtschaftskooperationen** ist sehr zu begrüßen. Dafür sollten Politik und Wirtschaft gemeinsam Maßnahmen entwickeln, um **Innovationspotenziale im Ausland** systematisch für die Wirtschaft und den Wirtschaftsstandort zu erschließen und in Berlin umzusetzen. Die **Evaluation der Auslandsbüros in USA und China** und die **Identifizierung sowie Einrichtung neuer Büros** ist richtig. Ein besonderes Augenmerk sollte dabei auf die dynamische Zukunftsregion Asien liegen.

Die IHK unterstützt die Weiterentwicklung des **Masterplans Industrie (MPI)**, des **SKIP** sowie der **Zukunftsorte** und Unternehmensnetzwerke. Die IHK sieht insbesondere die stärkere Verankerung der Ansiedlungspolitik im MPI positiv.